

Ahoi!

Willkommen zum 26. Newsletter der Piratenpartei Deutschland. Heute: Neues aus dem Bund, den Landesverbänden und aus den Medien. Außerdem Lesenswertes über Wikileaks und ein Update der Taskforce Urheberrecht.

Dies ist unsere letzte Ausgabe im Jahr 2010. Wir wünschen daher allen unseren Lesern ein schönes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Wir hoffen, dass ihr uns im neuen Jahr erhalten bleibt und haben schon einiges für euch vorbereitet!
Viel Spaß beim Lesen,

eure Flaschenpost-Redaktion!

Inhalt

=== Neues aus dem Bund ===	1
Wikileaks: Krieg der offenen Fragen	1
Neues aus dem Bundesvorstand	3
„Initiative gegen ein Leistungsschutzrecht“ (IGEL) startet	3
=== Internationales ===	4
Sitzen Piraten im Nobelpreiskomitee?	4
=== Piratenwelt ===	4
Sind wir nicht alle ein bisschen Wikileaks?	5
Kaperbrief: Es war ein kurzer Blick auf das Räderwerk des Weltgeschehens	6
Kaperbrief: Kleine Wahlkampfhilfe	7
Piratige 5 Minuten: Verfassungsbeschwerde gegen Netzsperrern	7
Neues aus der Kombüse: Schnelle Kekse für kalte Tage	8
=== Neues aus den Landesverbänden ===	8
Neues aus Baden-Württemberg	8
Neues aus Bayern	8
Neues aus Bremen	9
Neues aus Hamburg	9
Neues aus Niedersachsen	9
Neues aus Rheinland-Pfalz	9
Neues aus Sachsen	10
Neues aus Schleswig-Holstein	10
Neues aus Thüringen	10
=== Neues aus den Medien ===	11
Jugendmedienschutzstaatsvertrag in NRW abgelehnt	11
PR-Jihad made in Franken	11
LKA-Spitzel in Studentengruppen	13
Putin und Wikileaks	13
Netzsperrern in Großbritannien	13
CDU gibt illegale Parteispender zu	14
Die aktuelle Urheberrechtssituation	14

=== Neues aus dem Bund ===

Wikileaks: Krieg der offenen Fragen

In der Diskussion um Wikileaks verlaufen die Grenzen zwischen Wikileaks-Befürwortern und -Gegnern nicht entlang der sonst üblichen ideellen Demarkationslinie: Markus Beckedahl (Netzpolitik.org) erklärte etwa, dass die Angriffe auf die Infrastrukturen von Visa, Mastercard, etc. so elegant seien wie eine [Plünderung als Protestform](#). Ein Argument

wie aus dem konservativen Lager? Mitnichten. Denn es ist diesmal nicht ganz so leicht, Position zu beziehen, weil der Krieg um den Wert der Öffentlichkeit mit offenen Fragen geführt wird. Wer sind die tatsächlichen Akteure? Was sind die Ziele? Was werden die Konsequenzen sein?

Zunächst klingt alles ganz logisch. [Wikileaks fordert](#): „Help Wikileaks keep governments open“ und: „If you believe democracy und transparency go hand in hand, now is the time to stand and say: ‚The world needs Wikileaks‘“. Mit dieser Philosophie veröffentlicht Wikileaks seit 2006 mehr oder minder geheime Dokumente, die von geschichtlicher, ethischer oder politischer Relevanz sind. Damit entspricht Wikileaks der Forderung nach mehr Offenheit in der Politik, frei zugänglichen Informationen und einer Rückbesinnung auf die ursprüngliche Bedeutung von „Demokratie“.

Die leidenschaftliche Diskussion und die teilweise euphorische Begeisterung für die Wikileaks-Idee sagt viel darüber aus, wie unzufrieden die Bevölkerung bereits ist. Wie eng sind Wirtschaft und Politik wirklich miteinander verzahnt? Kurzum: Es besteht ein Bedarf nach Wikileaks. Insofern verwundert es nicht, wenn nicht nur Netzaktivisten Julian Assange zum weißen Ritter der wahren freien Welt deklarieren. In die Diskussion greifen jedoch auch radikale Netzaktivisten ein. Sie nutzen ihr technisches Know-how, um der vermeintlichen Gerechtigkeit zur Geltung zu verhelfen, indem sie wikileaksfeindliche Institutionen bis zum Zusammenbruch mit Anfragen bombardieren. Ist das nicht ein radikaler Schritt aus dem Glauben heraus, dass die herkömmlichen Protestformen wirkungslos verpuffen?

Wikileaks selbst bleibt nicht frei von Kritik: Der Gründer Julian Assange gilt als hochintelligent, eigen, getrieben. Die Vorwürfe reichen von Selbstinszenierung, mangelnder Transparenz, bis zu sexuellen Verbrechen. Dass es sich dabei um eine Hetzkampagne handeln könnte, scheint nicht unmöglich, aber das kann derzeit niemand mit Sicherheit sagen. Assange selbst, so schreibt die [Süddeutsche](#), „heizt die Stimmung bis ins Hysterische an und droht (...) unverhohlen den Strafverfolgern mit einer Flut von schädigenden Veröffentlichungen. Das ist kein Selbstschutz, das grenzt an Erpressung.“ Im Fall Wikileaks müssen wir uns ehrlich damit auseinandersetzen, was uns Öffentlichkeit bedeutet und welche Werte wir für wichtig erachten. Wie wir „Demokratie“ und „Freiheit“ priorisieren, mit welchen Mitteln wir uns dafür einsetzen und welche Konsequenzen wir tragen wollen. Wir müssen uns bewusst sein, dass unsere Antworten weitreichende Konsequenzen haben können. Deshalb braucht es auch unbequeme Fragen: Soll eine Demokratie alles wissen oder benötigt sie Geheimnisse? Welche Priorität hat whistleblowing (engl.: „Nestbeschmutzung“, die unerlaubte Weitergabe von geheimen Informationen) für eine demokratische Gesellschaft? Wie groß ist eigentlich die Macht Assanges – mit einem Instrument wie Wikileaks?

In der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen steht, dass jeder das Recht auf Meinungsfreiheit und -äußerung hat. Das schließt auch ein, Informationen und Gedankengut über Medien jeder Art aufzusuchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Es beinhaltet aber nicht, dass – wie im Fall der radikalen Netzaktivisten – gedroht und Schaden angerichtet werden darf. Doch genau das ist geschehen. [Was bedeutet es](#) für eine Demokratie, wenn „Schadensmaximierung mittels technischer Hilfsmittel das Eintreten von Bürgern für bestimmte Positionen ersetzt“? Der Spiegel bezeichnet das als „Rüstungslogik“. Für die demokratischen Gesellschaften könnte das einen Rückschlag bedeuten:

Die Reaktion der US-Regierung zeigt, dass sie Wikileaks scheinbar die Rolle des Züngleins an der Waage zutrauen, und tatsächlich scheint Wikileaks das Potenzial zu haben, die aktuelle Weltordnung – zumindest teilweise – in Frage zu stellen. Aber was kommt danach? Zumindest kurzfristig ist eine Entwicklung absehbar: Schwebte bisher bereits die Einschränkung der Grundrechte wie ein Damoklesschwert über den

demokratischen Staaten, so bleibt zu befürchten, wie die Politik nun auf die Angriffe reagiert. Wie wir weiter verfahren, hängt auch davon ab, wie ernsthaft wir unsere offenen Fragen beantworten.

Autor: sd

Neues aus dem Bundesvorstand

In den letzten zwei Wochen ging es rund im Bund. Hier eine kurze Zusammenfassung der Ereignisse:

Es werden Mitarbeiter für eine neue - virtuelle - Geschäftsstelle gesucht. Die Ausschreibung findet ihr [hier](#).

Für viel hin und her und einige Aufregung sorgte die Entscheidung, die Planung für den nächsten Bundesparteitag zu ändern. Statt wie vorgesehen zu Beginn des Jahres - vor den anstehenden Landtagswahlen - soll er nun im zweiten Halbjahr 2011 stattfinden.

Es gibt neue Beauftragte für die Betreuung der Bundeswebseite (Fabio Reinhardt, Korbinian Polk und Martin Haug). Christopher Lauer übernahm die Koordination des Wahlkampfes für das nächste Jahr. Dafür sucht er noch Unterstützer, vor allem aus den LVs mit Wahlen! Interessierte melden sich bitte [direkt bei ihm](#).

Darüber hinaus gab es viele andere Beschlüsse, die ihr in den Protokollen [hier](#), [hier](#) und [hier](#) nachlesen könnt.

Autor: gt

„Initiative gegen ein Leistungsschutzrecht“ (IGEL) startet

Am 13. Dezember ist die Initiative gegen ein Leistungsschutzrecht, kurz IGEL, gestartet. Das Bündnis aus über 30 Partnern, darunter unter anderem Google, Wikimedia, Creative Commons und der Chaos Computer Club, wendet sich gegen ein von der Verleger-Lobby gewünschtes [Leistungsschutzrecht](#) für ihre Arbeit und führt detailliert die [Argumente](#) für und gegen ein solches Leistungsschutzrecht auf.

Die Gesetzesentwürfe der Verleger, die voraussichtlich Bestandteil der Verhandlungen um den 3. Korb zum Urheberrecht sein werden, sind dabei nicht nur überflüssig sondern sollen auch die Rechte der Allgemeinheit erneut zugunsten der Verwertungsindustrie einschränken. Auch wenn Parteien, zum jetzigen Zeitpunkt, nicht Mitglied des Bündnis werden können, unterstützen wir die Arbeit der IGEL.

Wir sprechen uns dabei mit Nachdruck gegen ein spezielles Leistungsschutzrecht für Presseverleger und damit gegen eine weitere Einschränkung des Informationsraums Internet aus. Die von der Verleger-Lobby angedachten Rechte schränken dabei jeden Nutzer des Internets unverhältnismäßig stark ein, während der Nutzen für den Journalismus insgesamt bezweifelt werden kann. Bereits jetzt haben wir ein ausgeprägtes und restriktives Urheber- und Verwertungsrecht welches Verleger für sich nutzen können. Stattdessen entscheiden sich die Verlage selbst dafür ihre Erzeugnisse frei und kostenlos zugänglich zu machen, obwohl Bezahlschranken technisch einfach möglich sind und auch die gefürchteten Suchmaschinen wie Google sich durch leicht umsetzbare Maßnahmen aussperren lassen. Abgesehen davon profitieren die Verlage natürlich von den Besuchern, die durch Suchmaschinen auf ihre Webseiten kommen, durch erhöhte Werbemaßnahmen. Ein typischer Fall von «Wasch mich, aber mach mich nicht nass».

Man darf daran zweifeln, inwieweit die Verleger-Lobby die Grundprinzipien des Internets – Verlinkungen, Austausch von Text-Auszügen, Vernetzung – verstanden hat, wenn sie diese Grundlagen als Bedrohung ihrer Existenz ansehen. Anstatt hier mit modernen

Geschäftsmodellen den Wirtschaftsraum Internet zu erschließen, sollen überalterte Geschäftsmodelle aus dem letzten Jahrtausend gerettet und zementiert werden. Gleichzeitig werden die Folgen für Endnutzer, genauso wie für Urheber selbst, völlig vernachlässigt: Ein Leistungsschutzrecht für Verleger würde nicht nur die Grundideen des Internets ad absurdum führen, sondern auch jeden Urheber und jeden Internetnutzer behindern, die darauf achten müssen, inwieweit Zitate, möglicherweise nicht einmal als solche erkannt, die Leistungsschutzrechte von Verlegern betreffen. Nicht nur, dass damit strittig wird, inwieweit man vom Schrankenrecht des Zitierens noch rechtmäßig nutzt oder schon Schutzrechte der Verleger verletzt. Genauso problematisch ist es, dass sich für den Laien vermutlich gar nicht erst nachvollziehen lässt, ob eine einfache Phrase schon unter einem Leistungsschutzrecht an Verleger gebunden ist. Besonders, wenn es um einfache Sätze wie Überschriften oder gar einzelne Wortschöpfungen geht. Durch diese Unwägbarkeiten, ab wann man sich durch eigene Texte unter Umständen strafbar macht, wird das Zitatrecht – eines der elementaren Rechte, unverzichtbar beim Erwerb von Wissen und auch bei der Erstellung neuer Werke – de facto abgeschafft. Solche Einschränkungen, die zulasten der Gesellschaft sowie der Kreativen einzelne Verwerter stärken sollen, sind daher auf keinen Fall hinnehmbar.

Autor: Bastian Greshake

=== Internationales ===

Sitzen Piraten im Nobelpreiskomitee?

Zensur war einer der Kondensationskerne, um die herum sich die Piratenpartei bildete. Denn während in der Vergangenheit nur abgrundtief böse Regime zu dieser Maßnahme griffen, sank die Hemmschwelle für Zensurmaßnahmen mit dem Aufkommen des Internets auch in unserer Hemisphäre. Früher, als schwarz noch schwarz und weiß noch weiß war, wurde in Metternichs Deutschland zensiert, in der UdSSR, in Francos Spanien und Honeckers DDR. In der dunklen Epoche der 30er und 40er Jahre in Europa, sowie den 70er und 80er Jahren in Südamerika, verschwanden nicht nur kritische Publikationen, sondern gelegentlich auch deren Autoren - oft für immer. 2010 ehrte das Nobelpreiskomitee zwei Personen, die massiv unter staatlicher Zensur leiden oder zu leiden hatten. Vom Träger des Literaturnobelpreises [Mario Vargas Llosa](#) waren über Jahrzehnte in Spanien nur mit weichgespülten Fassungen zu [lesen](#). Der Träger des diesjährigen Friedensnobelpreises [Liu Xiaobo](#) sitzt wegen Menschenrechtsaktivitäten in Haft. So kam es, dass zum ersten Mal seit 1936 ein Nobelpreis in Abwesenheit des Preisträgers verliehen werden *musste*. In China sollte unterdessen niemand von der Preisverleihung oder dem Preisträger erfahren: die chinesische Presse berichtete keine Zeile, die große Firewall ließ keinen Bericht über die [Preisverleihung](#) ins Land. Damals, 1936, ließen die Nazis den Publizisten [Carl von Ossietzky](#) nicht nach Oslo reisen - er saß im KZ und hatte noch zwei Jahre zu leben. Die Flaschenpost gratuliert den Preisträgern Liu Xiaobo und Vargas Llosa zum Nobelpreis. Wir gedenken allen Opfern der Zensur. Das sind jene, die nicht sagen oder schreiben dürfen was sie denken - aber auch jene, die nichts davon hören oder lesen dürfen! Dem Nobelpreiskomitee sei an dieser Stelle für die wahrhaft piratige Auswahl der Preisträger gedankt.

Autor: mr

=== Piratenwelt ===

Sind wir nicht alle ein bisschen Wikileaks?

Die Piratenpartei Bayern hat am 21. Dezember [bekannt gegeben](#), dass sie ein Gutachten des bayerischen Landtages zur Bayerischen Landesbank auf ihrem Server hostet [1]. Das Netzwerk [Attac](#) hatte dieses bereits am 24. November veröffentlicht [2], leider ohne die notwendige Aufmerksamkeit zu erreichen. Wir haben uns zu diesem Thema mit Aleks A.-Lessemann, dem politischen Geschäftsführer in Bayern, unterhalten:

Flaschenpost: Hallo Aleks. Woher kam der Anstoß für diese Veröffentlichung?

Aleks: Passend zur aktuellen Jahreszeit sollte ich anfangen mit „...und es begab sich zu der Zeit...“. Aber nun gut, hier die Geschichte: Benjamin Stöcker, äußerst aktiver Pirat aus Oberfranken veröffentlichte in einer der bayerischen Mailinglisten einen Link zu einem Artikel der „Zeit online“. Dort war beschrieben, wie attac ein Gutachten vom bayerischen Landtag veröffentlicht hatte, das dieser lieber unter Verschluss halten wollte. Darin wurden das Management und die zuständigen Politiker dazu verdonnert, die juristische Verantwortung für das Missmanagement zu übernehmen. Bezeichnenderweise laufen Ende dieses Jahres einige Verjährungsfristen aus, was möglicherweise zur Entscheidung des Landtags beitrug, dieses Gutachten außerhalb der Öffentlichkeit zu belassen. Mittlerweile hat allen Anschein nach der bayerische Landtag unter dem Vorwand des Urheberrechts eine Klage gegen attac angedroht oder gar auf dem Weg gebracht (bei attac ist noch keine Klageschrift eingegangen). Zur Erinnerung: derselbe Vorwand wurde erfolglos benutzt, um die Informationen zur Loveparade zu blockieren.

Flaschenpost: Es wurde also versucht, dieses Gutachten unter den Tisch zu kehren?

Aleks: Genau. Erst kürzlich haben sich viele Piratenparteien weltweit daran gemacht, Wikileaks sicher zu spiegeln, so dass deren Informationen – allen voran die diplomatischen Depeschen der USA – weiterhin für alle erreichbar bleiben. Schließlich sind wir die Partei(en) der Bürgerrechte und der Freiheit. Entsprechend sah ich auch hier einen Auftrag für die Piraten, Meinungs-, Presse- und Publikationsfreiheit zu bewahren. Außerdem ist dieses Gutachten mit unser aller Geld bezahlt worden und sollte uns allen gehören und zur Verfügung gestellt werden.

Flaschenpost: Wie wurde diese Idee dann umgesetzt?

Aleks: Ich setzte mich schnell in Kontakt mit attac und fragte, ob eine Unterstützung unsererseits genehm wäre und welcher Art sie am Besten sein sollte. Freudig nahm man unser Angebot an und war damit einverstanden, dass wir die Dateien auf unsere Server kopierten und veröffentlichten, zusammen mit einer Pressemitteilung. Von einer gemeinsamen Pressemitteilung nahm attac Abstand, um in ihren Augen überparteilich zu bleiben. Gleichzeitig, und um keine Zeit zu verlieren, hatte ich mir von meinen Kollegen im Landesvorstand Rückendeckung geholt, inwiefern sie einer solchen Veröffentlichung zustimmen würden. Nicht ohne Stolz kann ich berichten, dass die notwendige Mehrheit (und darüber hinaus) im Landesvorstand schnell gefunden war. Nun war die Technik gefragt, die schnell einen [Server](#) aufstellte und sogar einen [Torrent](#) aus den Dateien machte, das anscheinend rege verbreitet wird. Zeitgleich mit der Technik hatte sich unsere AG Presse und Text an der Pressemitteilung rangemacht. Alles war rechtzeitig fertig für die Aktion, die wir am Dienstag, dem 21.12.2010, publik machten.

Flaschenpost: Was ist seit der Veröffentlichung passiert?

Aleks: Im Moment warten wir noch auf Reaktionen. Aber das ist zweitrangig. Wir haben für die Transparenz des Staates gearbeitet, im Sinne der bürgerlichen Freiheiten, die anscheinend nur noch die Piraten gewillt sind, zu verteidigen. Nur gut, dass es uns gibt, oder?

Flaschenpost: Vielen Dank für Deine Zeit und Deine Antworten!

Autor: gt

Kaperbrief: Es war ein kurzer Blick auf das Räderwerk des Weltgeschehens

Wikileaks machte uns zum Zeugen eines geschichtlich einzigartigen Vorgangs. Durch die Leaks, oder nutzen wir das weniger spektakuläre Wort Enthüllungen, standen die Mächtigen der Politik plötzlich blamiert vor uns. Aber jede Einschätzung offenbart auch etwas über den, der eine solche Einschätzung abgibt. Und deshalb sahen wir auch ungeschminkt, wie die USA uns, den Rest der Welt, sieht. Doch bleiben die Enthüllungen seltsam folgenlos. Keiner der Blamierten trat zurück, und keiner der Botschafter, die derart respektlose Dossiers verfassten, wurde bisher abberufen. Und auch keines der Gesetze, die innerhalb der EU auf amerikanischen Druck erlassen wurden, kam nach der Enthüllung auf den Prüfstand. Kein Ermittlungsverfahren, das nach US-Drohungen in der Schublade verschwand, wurde wieder aufgenommen. Kein Vertrag, dessen geheime Klauseln dank Wikileaks öffentlich wurden, erfuhr eine Überarbeitung. Stattdessen prüften einige Unternehmen ihre Verträge mit Wikileaks und kündigten sie anschließend. Assange kann es schon als Erfolg werten, wenn er nicht als Verschwörer an die USA ausgeliefert wird. Durch die Veröffentlichung seiner angeblichen sexuellen Eskapaden ist er selbst inzwischen blamiert, wenn nicht gar diskreditiert. Und zumindest Bradley Manning, dem wir die Dokumente über Kriegsverbrechen im Irak verdanken, sitzt bei Wasser und Brot im Militärgefängnis. Andere Informanten werden ein ähnliches Schicksal erleiden. Die Leaks, die bereits auf den Webseiten der Whistleblower veröffentlicht sind, bleiben wohl in der Welt. Und auch die Dokumente, die schon angekündigt, aber noch freigeschaltet werden sollen, bekommen wir sicher eines Tages zu sehen. Neues hingegen sollte man nicht mehr erwarten. Dafür läuft die Zensurmaschinerie, ein weiteres Beispiel für eine unheilvolle Public Private Partnership (PPP), schon zu rund. Regierungen und Unternehmen werden Möglichkeiten finden, ihre Dokumente besser zu schützen. Sowohl mit technischen Mitteln, als auch durch neue Gesetze. Es wäre naiv zu glauben, dass zukünftig Informationen ebenso leicht zu beschaffen und straffrei zu veröffentlichen sind, wie das in der Vergangenheit der Fall war.

Wir können uns in einer Zukunft ohne Whistleblower immerhin noch vor Augen führen, dass sich das Räderwerk des Weltgeschehens weiterhin drehen wird, auch wenn uns die Sicht darauf wieder versperrt ist. Der Schmierstoff wird der selbe sein wie in der Vergangenheit: Geld, Macht, Sex und Einschüchterungen. Und wann immer Verträge geheime Klauseln enthalten, können wir uns sicher sein, dass eine Schweinerei darin steht. Wann immer eine Regierung ein Gesetz erlässt, das dem eigenen Land mehr schadet als nutzt, wissen (!) wir, dass entsprechender Druck ausgeübt wurde. Wann immer ein Herrscher den anderen zum Bruderkuss umarmt, können wir uns denken, dass er *hintenrum* einen Angriffskrieg vorbereitet. Seien wir nicht naiv, wir dürfen nicht vergessen, was wir durch Wikileaks erfuhren!

Und wir müssen unsere Haltung gegenüber dem *Verschwörungstheoretiker* überprüfen. Heute wissen wir, dass nicht jeder, der eine theoretische Möglichkeit ausformuliert, gleich ein Spinner sein muss!

Autor: mr

Kaperbrief: Kleine Wahlkampfhilfe

Würden Wahlen im Netz statt im Wahllokal stattfinden, wäre der nächste Kanzler ein Pirat. Unsere Beliebtheit auf studiVZ, Facebook und im heise-Forum wurde 2009 durch einige Umfragen bestätigt. Noch heute werden in Foren vor allem Piratenmeinungen vertreten - damit haben wir die Meinungshoheit im Internet - gleich nach den Trollen. Was online offensichtlich aber nicht gut ankommt, ist allzu offenkundige Werbung für die Piratenpartei. Anfang Dezember wurde im heise-Forum gar ein [Beitrag gesperrt](#), der um Unterstützerunterschriften für die anstehenden Landtagswahlen warb.

Der zuständige Redakteur Christian Persson schreibt zu den Gründen der Sperrung:

der Beitrag wurde gesperrt, weil der Inhalt die Nutzungsbedingungen für unsere Foren verletzte. Der Grund ist dem Verfasser mitgeteilt worden. [...]

Unsere Foren werden nicht moderiert. Wir prüfen im Nachhinein stichprobenartig auf Einhaltung der Nutzungsbedingungen oder reagieren auf Hinweise anderer Nutzer. In diesem Fall sind solche Hinweise vermutlich erst am Abend eingegangen und erst am nächsten Morgen bei Arbeitsbeginn zur Kenntnis des zuständigen Mitarbeiters gelangt.

Als Gäste in Foren müssen wir uns an die Nutzungsbedingungen halten. Das hat jeder mit einem Klick auf den Radiobutton *ich habe die Nutzungsbedingungen gelesen und akzeptiere sie* zugesagt. Für uns bedeutet das nicht, dass wir in Foren nicht schreiben dürfen, welche großartige Sache die Piratenpartei ist. Nur ... wenn es jemand lesen soll, ist mehr Zurückhaltung angebracht. Sonst geben wir unseren *politischen Mitbewerbern* einen Vorwand sich zu beschweren. Der Eintrag verschwindet, das Geschriebene ist für immer verloren, die Wirkung verpufft. Folglich müssen wir lernen subtiler (*unterschwellig, hintersinnig, feinsinnig*, mit großer *Genauigkeit, spitzfindig*, nur *angedeutet, fein, zurückhaltend, leise, gefühlvoll, vorsichtig*, mit viel *Feingefühl* und *Behutsamkeit, hintergründig, einfühlsam, zart*) zu werben.

Autor: mr

Piratige 5 Minuten: Verfassungsbeschwerde gegen Netzsperrungen

Jeder Gegner von Netzsperrungen kann nun eine Verfassungsbeschwerde des [FoeBuD](#) gegen das Zugangserschwerungsgesetz und die Netzsperrungen mitzeichnen. Mehr Kosten als die Briefmarke entstehen nicht. Schnell unterzeichnen und möglichst viele andere Bürger davon überzeugen es einem gleichzutun.

Am 23. Februar 2010 ist das sogenannte Zugangserschwerungsgesetz in Kraft getreten. Dieses Gesetz ist verfassungswidrig. Deshalb werden wir Mitte Februar 2011 Verfassungsbeschwerde dagegen einlegen und haben die Rechtsanwälte Dominik Boecker und Thomas Stadler mit der Ausarbeitung beauftragt. Dieser Verfassungsbeschwerde können Sie sich anschließen.

Die Kritikpunkte:

- Dieses Gesetz schafft die technische Grundlage für eine landesweite Zensurinfrastruktur im Internet.
- Das Risiko ist groß, dass Webseiten gesperrt werden, die gar kein strafbares Material beinhalten. Das zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern.
- Kriminelle Inhalte werden nicht gelöscht. Computerkundige können die Sperre leicht umgehen und die Seiten weiterhin aufrufen.
- Sperren können die Strafverfolgung vereiteln, da Kriminelle dadurch gewarnt werden.
- Das Gesetz ist verfassungswidrig.

Autor: adh

Neues aus der Kombüse: Schnelle Kekse für kalte Tage

Es ist jetzt wirklich fast Weihnachten, und ihr habt es bisher ignoriert? Jetzt wollt ihr noch etwas Stimmung zaubern? Dafür sind Kekse doch genau das Richtige, und diese hier gehen auch noch wirklich schnell.

Ihr braucht dafür:

- Eine runde Vorratsdose mit Deckel, und einen Backofen.
- 250g Mehl
- 1 TL Salz
- ½ Päckchen Backpulver
- 2 EL Zucker
- 1 TL Lebkuchengewürz, gemahlen (oder nur Zimt)
- 80 ml neutrales Öl
- 100 ml heißes Wasser

Alles zusammen in die Dose geben, Deckel drauf und fest schütteln.

Dann den Teig zu einer Kugel zusammenfassen und in der Dose abkühlen lassen (30 Minuten).

Danach ausrollen, ausstechen und 10 Min. bei 180° backen.

Fertig ist die Weihnachtsstimmung.

Autor: ro

=== Neues aus den Landesverbänden ===

Neues aus Baden-Württemberg

Die Wahlkampf-Vorbereitungen laufen auf vollen Touren. In Kürze werden die Plakate in Druck gehen. Das Wahlprogramm ist schon in der Druckerei und dürfte in Kürze fertig sein.

Die Enttäuschung über die Nichtvergabe des BPT 2011 an Baden-Württemberg ist groß. Es wurde viel Arbeit in die Planung gesteckt, die wir besser in den Wahlkampf hätten stecken können. Niemand konnte hier ahnen, dass die Ausschreibung durch den Bundesvorstand anscheinend nicht wirklich ernst gemeint war und man im Nachhinein die eigene Kostenvorgabe nicht für geeignet hielt. So verbrennt man Engagement.

Das Sammeln der Unterschriften dauert noch an. Mittlerweile wurden über 11.000 Unterschriften gesammelt, von denen fast 8.000 amtlich bestätigt wurden. Es fehlen jetzt noch etwa 500 Unterschriften, die wir bis Ende Januar gesammelt haben müssen. Hilfe auch aus anderen Landesverbänden ist nach wie vor willkommen.

Politisch haben sich die Piraten BaWü mit der Übernahme der EnBW durch das Land und den Beschluss des Landtags, die Absenkung der Hürden für Volksinitiativen abzulehnen, beschäftigt.

Neues aus Bayern

In Mittelfranken werden im Moment piratige Weihnachtspostkarten mit der Frage nach den brennenden Themen für die Bürger verteilt. Der Vorstand saß zum letzten Mal zusammen - am 08. Januar 2011 findet der Bezirksparteitag statt, auf dem ein neuer Vorstand gewählt werden soll.

In Oberfranken verteilten Piraten munter „Terrorpanik? Nein Danke!“-Sticker.

In der Oberpfalz arbeitet man mit Hochdruck am [Neujahrsempfang](#) der bayerischen Piraten, der am 15. Januar 2011 stattfinden wird und zu dem alle Piraten, Freibeuter und Sympathisanten herzlich eingeladen sind.

In Schwaben und Oberbayern sammelt man Unterstützer-Unterschriften für Baden-Württemberg. Zwar läuft alles sehr gut, aber die Energie lässt nach. Jegliche Hilfe wird von Baden-Württemberg gerne angenommen.

Neues aus Bremen

Die Piratenpartei Bremen hat sich ebenfalls an der Spiegelung der Wikileaks beteiligt. Zudem schreiben die Kollegen aus Bremen und Bremerhaven die „Cyberwar Diaries“, in denen über aktuelle Meldungen rund um Julien Assange, Wikileaks und die damit verbundenen Themen berichtet wird.

Die Piraten in Bremen laden am 21.12.2010 zu einem Konzertabend. Unter dem Motto "*Enter the Bridge*" werden im Meisenfrei in Bremen eine Mischung aus Rock, Metal und Alternative angeboten. Nach der Livemusik von 3 Bands gibt es dann noch Musik vom Plattenteller.

Neues aus Hamburg

Bei den Hamburger Piraten dreht sich im Moment alles um die kurzfristig anstehende Wahl. Hier wird geplant, gefeilt und organisiert. Die Piraten benötigen noch Unterschriften von wahlberechtigten Hamburgern und bitten um eure Unterstützung bei Ihrem Wahlkampf.

Auf einem Sonderlandesparteitag wurde die Landesliste zur Wahl gewählt und es wurden Wahlkampfthemen definiert. "Hamburg braucht eine frische und kreative Politik, wer dies von der GAL erwartet hat ist in den letzten zwei Jahren eines Besseren belehrt worden. Hamburg braucht Piraten im Rathaus und in den Bezirken!" so das Credo. Es wurde zu verschiedensten Themen Stellung bezogen und diese wurde programmatisch in ein Wahlkampfkonzept aufgenommen.

Neues aus Niedersachsen

In ihrem Zwischenbericht sieht die Landesregierung „Niedersachsen auf Kurs“. Dagegen wird der auch [von den Piraten kritisierte](#) Neubau des [Plenarsaals im Landtags](#) immer [unwahrscheinlicher](#). Stattdessen könnte man sich z.B. an der recht farbenfrohen [Kinderwebseite](#) des Landes erfreuen. Die war vermutlich auch viel günstiger.

Die Piraten beschäftigen sich derweil mit wichtigeren Dingen. Zum einen wird gerade an einer Richtlinie gearbeitet, die festlegen soll, wie viel Gold maximal [in die Schatzkiste](#) fließen darf. Das soll einer Abhängigkeit von einem einzelnen, finanzkräftigen Spender vorbeugen. Und zum anderen können die Künstler unter euch schon mal die Farbpaletten in den Hauptspeicher laden, denn es wird es demnächst einen [Plakatwettbewerb](#) zur kommenden Kommunalwahl geben.

Neues aus Rheinland-Pfalz

In RLP kannst du das Wahlprogramm so aufrufen, wie du willst: als [Kurz-](#) oder [Langfassung](#) und als [Audio-Version](#). Du hast noch nicht für unsere Wahlzulassung unterschrieben? Dann wird es jetzt höchste Zeit! Denn es verbleiben nur noch wenige Wochen um die restlichen mehr als 1.000 Unterschriften für die Landesliste zu sammeln. Auch bei den Direktkandidaten wird es eng. Mehr Infos erhältst du [hier](#), [hier](#) und [hier](#). Seit der Veröffentlichung der US-Depeschen steht WikiLeaks massiv unter Druck. Die Piratenpartei sieht in WikiLeaks eine wichtige Plattform, um mehr Transparenz im Staat zu schaffen und die Meinungs- und Pressefreiheit zu stärken. Um Whistleblowing weltweit zu unterstützen, haben wir daher einen von mittlerweile über 1.000 [Spiegel-Servern](#) aufgesetzt.

Für [Transparenz auf kommunaler Ebene](#) haben die Piraten RLP sich an den Koblenzer Oberbürgermeister und die Mitglieder des Stadtrats gewandt.

Überraschend ist die Novelle des Jugendmedienschutz-Staatsvertrag (JMStV) noch auf der Zielgeraden gescheitert. Der Vertrag wurde im nordrhein-westfälischen Landtag fraktionsübergreifend abgelehnt und ist damit vorerst vom Tisch. Allerdings enthält der aktuell gültige JMStV bereits fatale Regelungen, wie die Sendezeitbegrenzung und Sperrverfügungen gegen Provider, mit deren Einsatz jetzt Kurt Beck droht. Die Piratenpartei Rheinland-Pfalz fordert daher eine umgehende [Novellierung des JMStV](#), bei der statt technischer Maßnahmen wirklicher Jugendschutz und die Vermittlung von Medienkompetenz an Kinder, Jugendliche, Eltern und Lehrer im Vordergrund stehen. Außerdem wollen die Piraten in RLP neue Gesichter kennenlernen, denn die Partei ist das, was ihr draus macht! Meldet euch unverbindlich auf der [Mailingliste](#) an und diskutiert mit uns. Auch [Spenden](#) sind natürlich gern gesehen.

Neues aus Sachsen

Die sächsischen Piraten haben der FDP einen [offenen Brief](#) geschrieben, um sie an ihre bürgerrechtlichen Werte zu erinnern, den JMStV abzulehnen.

Weiterhin hielten die Görlitzer Piraten ihren [Parteitag](#) ab, auf dem sie das „[Görlitzer Programm](#)“ beschlossen, das u. a. zum Brückenbauen mit den tschechischen und polnischen Nachbarn aufruft.

Neues aus Schleswig-Holstein

Die Piraten in Schleswig-Holstein haben am 17.12.2010 neben Ihrer Weihnachtsfeier auch das 3-jährige Bestehen des Landesverbandes gefeiert. Mit Glühwein und guter Laune wurde im Kieler „Greenfields“ mit Piraten aus ganz Schleswig-Holstein gefeiert.

Die Lübecker Piraten haben mit einer Postkartenaktion auf die Absurdität der in den Medien und auf den durch das Innenministerium propagierten Terrorwahn aufmerksam gemacht. Das Motiv ist der Weihnachtsmann in Haft auf Grund von „Bart, Klamotten und Gepäckstück“. Die Postkarte wurde auf den Weihnachtsmärkten verteilt. Auch die Kieler Piraten wollen vor Weihnachten noch an der Postkartenaktion teilnehmen.

Neues aus Thüringen

In Thüringen trifft man sich diesen Dezember sehr rege: Am 10. Dezember beschlossen die Piraten Thüringen, ihre Geschäftsbeziehungen zu PayPal zu beenden. Der Grund ist die Diskussion rund um Wikileaks.

Ein neuer Stammtisch fand am 14. Dezember in Weimar statt, um Neuland zu aktivem Piratenland zu machen. Es gab bereits beim diesem Treffen wesentlich mehr Teilnehmer, als erwartet wurde.

In der Vorstandssitzung am 15. Dezember wurde unter anderem das Landesplenum von 4. Dezember ausgewertet, die Vorbereitungen zum Landesparteitag im Mai 2011 gestartet und die Thüringer Agenda für 2011 konkretisiert. Am 16. Dezember trafen sich drei Piraten zu einem Interview mit einem Redakteur der OTZ in Jena. Außerdem plädierten die thüringischen Piraten in einer Pressemitteilung für den [Stopp des Jugendmediensstaatsvertrages](#).

Angesichts des [Schnee-Chaos](#) fordern sie auch eine Wiederverstaatlichung der Schneeräum-Infrastruktur, um der Kostenexplosion seit der Privatisierung Einhalt zu gebieten.

Außerdem gab es Blogpost zum „[Krieg am Hindukusch](#)“.

Themen, die die Piraten in Thüringen in den vergangenen 14 Tagen bewegten und entsprechend diskutiert wurden, waren: die Bewilligung riesiger Summen der Fraktionen im Landtag an sich selbst, ein Zentralabitur in Deutschland auf Raten, das zum

„Kirchenaustrittsjahr“ ausgerufen 2011, Wikileaks und Assange, ein geplantes Einkaufszentrum in Gotha mit Interview dazu beim MDR, die Unterstützung der Piraten-Nachbarn in Sachsen-Anhalt, Zinsen und eine sinnvolle Vision dazu sowie der Bürgerhaushalt 2011.

=== Neues aus den Medien ===

Jugendmedienschutzstaatsvertrag in NRW abgelehnt

Der Jugendmedienschutzstaatsvertrag ist im Landtag von NRW einstimmig abgelehnt worden. Da werden bestimmt einige Persönlichkeiten außer Rand und Band sein. Kurt Beck kündigt gleich mal [Sperrverfügungen an](#). Das ist der Kurt Beck von der selbsternannten Netzpartei SPD. - "so dass die staatliche Regulierung von oben Platz greifen wird".

Man könnte jetzt meinen, die Politiker in NRW sind zur Vernunft gekommen, und haben erkannt, dass dies alles ein Irrweg war, und deshalb einstimmig dagegen gestimmt. Abgelehnt wurde es nicht, weil eine nennenswerte Anzahl von Politikern von irgendwas überzeugt gewesen wäre, sondern hauptsächlich aus parteipolitischen Gründen. Als Schwarz-Gelb an der Macht war, hat man den Staatsvertrag in NRW auf den Weg gebracht. Rot-Grün wollte ihn eigentlich nicht, wollte ihn aber wegen angeblichen parlamentarischen Zwängen und staatspolitischen Gründen doch einführen. Schwarz-Gelb war dann gegen den von ihnen auf den Weg gebrachten Staatsvertrag. Ein Anflug von Erkenntnis, oder die Lust daran Rot-Grün auflaufen zu lassen, um die Minderheitsregierung zu blamieren? Dann hätte man Rot-Grün auch das Brechen von Wahlversprechen vorwerfen können. Rot-Grün hatte dann auch keine Lust mehr, und war dann auch dagegen. Plötzlich waren die Gründe, weshalb man doch hätte zustimmen müssen, nicht mehr so wichtig. Die Regierungskoalition sei nicht bereit, für FDP und CDU nun "die Kohlen aus dem Feuer zu holen", während diese plötzlich fein raus seien, erklärte Kapschack.

Bedenklich ist dabei vor allem, dass selbst die Leute, die den Staatsvertrag für ablehnungswürdig hielten, dafür gestimmt hätten. Aus parteipolitischen Gründen, natürlich. Diesmal allerdings hat dieser Politikkarneval durchaus positive Auswirkungen gehabt. Aber ohne den zusätzlichen Druck der "Netzcommunity", und die damit entstandene Öffentlichkeit wäre der Staatsvertrag einfach durchgewunken worden. Erst damit wurde die perfekte Bühne für politische Spielchen geschaffen. In anderen Ländern stimmten die Grünen höchstens in der Opposition gegen den Vertrag. In Hamburg hat man vor dem Koalitionsende noch schnell den Vertrag unterzeichnet.

Allerdings ist dies erst ein kleiner Sieg. Es gibt immer noch den alten Jugendmedienschutzstaatsvertrag. Dieser ist an vielen Stellen nicht weniger schrecklich wie es der Neue war. Auch heißt es für die Parteien nun, die bundesweiten, netzpolitischen Scherbenhaufen schnell zu verstecken. In keiner der etablierten Parteien gibt es klare netzpolitische Ziele. Vielmehr arbeitet man auch parteiintern massiv gegeneinander, macht hier und da Lippenbekenntnisse und pfuscht ein wenig herum.

Autor: adh

PR-Jihad made in Franken

Die Meinung der Bevölkerung ist ja fast beängstigend positiv, wenn der Freiherr von Guttenberg sich zu einem Thema vor der Kamera äußert. Der „Gutti“ ist ein Mann mit Vernunft, dem Blick fürs Wesentliche und vor allem wird ihm, im Gegensatz zu vielen

anderen Politikern, eine große Kompetenz und Authentizität nachgesagt. Kein Politiker der aktuellen Regierung hat so viel Sympathie wie der Strahlemann aus Franken. Dabei ist es dem Freiherr egal, ob er einen Luftschlag der Bundeswehr, die maroden Finanzideen der großen Koalition, die Schließung vieler Bundeswehrstandorte oder das Aussetzen der Wehrpflicht als Thema hat, er ist der ultimative Müllverwerter und schafft es selbst aus den schrecklichsten Politikatastrophen als Gewinner und Sieger hervorzugehen. Und während ihn die CSU als den „Franz-Joseph der Moderne“ handelt, stehen Seehofer, [dem aktuell selbst das Vorlesen einer Zahl schwerfällt](#) und seine alternden Kameraden ratlos neben dem Freiherr Charming auf dem CSU-Parteitag und wissen nicht wie ihnen geschieht.

Selbst Sätze wie „der Zusammenhang von regionaler Sicherheit und deutschen Wirtschaftsinteressen muss offen und ohne Verklemmung angesprochen werden“, konnten das Saubermann-Image nicht beschädigen. Ein Verteidigungsminister, der wie die USA zur militärischen Schlagkraft bei wirtschaftspolitischen Interessen aufruft, ist wie ein Metzger, der, um noch mehr Würste zu verkaufen, auch einen Nachbarn schlachten würde. Seltsamerweise tritt bei einer solchen Aussage "nur die Opposition" in die Vollen. Der große Teil der Medien bleibt auch hier sehr verhalten.

Zu dem persilweißen Verteidigungsminister gibt es dann noch seine Frau zu erwähnen, die sich „medienwirksam“ gegen Kinderpornografie einsetzt, mit dem Finger mittels fragwürdigster Methoden und unterstützt von RTL II Menschen öffentlich anprangert. Nicht, dass Pädophile nicht kritisch betrachtet werden sollten, aber auch ihnen stehen Bürgerrechte zu und die zum Teil sehr seltsamen „Methoden zur Täterfindung“ gleichen fast einer Hexenjagd.

Sie selbst ist mit ihrer gemeinnützigen Stiftung „Innocence in Danger“ ([Julia Schramm berichtete](#)) zu deutsch „Unschuld in Gefahr“ allerdings nicht so freigiebig, was deren Offenlegung und Finanzierung betrifft, wohl auch weil ein paar „Unstimmigkeiten“ an der einen oder anderen Stelle den aufmerksamen Leser zum Stirn runzeln bewegen. Jörg Tauss hat zu diesem Thema in seinem Blog eine großartige Sammlung verschiedenster Fakten und Informationen zusammengetragen (<http://www.tauss-gezwitscher.de/?p=1631>, <http://www.tauss-gezwitscher.de/?p=1584>, <http://www.tauss-gezwitscher.de/?p=1506>). Blickt man also ein bisschen hinter die Kulissen, erscheint die ganze Glanzfassade der Guttenbergs doch ein bisschen trüber als medial im Moment dargestellt. Doch warum wird hier ein Politiker mit seiner Frau so wirksam in Szene gesetzt? Bereiten die Medien das Erbe der Angela Merkel vor? Die Antwort darauf ist schwer zu fassen.

Alle bisher gehandelten Neukanzler-Kandidaten aus der konservativen Ecke sind entweder aus dem Amt (Ole von Beust, Roland Koch) oder in ein anderes Amt weggeleitet worden (Christian Wulff). Anscheinend hat sich die Medienlandschaft ihren Kanzlerkandidaten somit selbst gesucht. Der armselige Versuch der Springer'schen Propagandamaschine, die Kritiker verstummen zu lassen ("Jeder, der die Guttenbergs nicht ganz besonders toll findet, soll "die Klappe halten") ist an dieser Stelle eher zu belächeln, leider ist die medienwirksame Tragweite dann schon nicht mehr ganz so lustig. Als Ausnahme ist hier der Spiegel zu nennen, der einen [herrlichen Beitrag zur kritischen Betrachtung](#) beisteuerte.

Ich möchte mich dem Schreiber des SPIEGEL-Artikels an dieser Stelle anschließen und den fränkischen Heiligen-Hype und den damit verbundenen Medien-Jihad nicht unterstützen. Sollen Kerner, die BILD und der lehnstreue, konservative Teil der Medien ihr Bestes versuchen um die angedachte Propaganda auf den Weg zu bringen. Mit der Wahrheit beleuchtet, lässt sich auch die größte Schweinerei nicht sauberwaschen. Beides sind Menschen der Öffentlichkeit, mit Schwächen und Stärken, nicht mehr und nicht weniger. Eine Verehrung wie im Moment landauf, landab praktiziert ist unangebracht, scheinheilig und verfälschend. Es wird beiden Guttenbergs nicht gerecht und täuscht die Tatsache vor, es handele sich um zwei besonders wertvolle Menschen unserer

Gesellschaft. Beide haben nicht mehr für diese Gesellschaft getan, als ein schwerarbeitender Angestellter, ein Bauarbeiter oder eine Reinigungskraft.

Autor: pr

LKA-Spitzel in Studentengruppen

Nicht nur Provokateure werden von der Polizei eingesetzt, um bei Demonstrationen für Unruhe zu sorgen. Man unterwandert auch Studentengruppen durch LKA-Spitzel. Das solche Praktiken wieder in Deutschland angewendet werden, ist bezeichnend. Ein Beamter unter dem falschen Namen „Simon Brenner“ hatte sich zunächst für die Fächer Ethnologie und Soziologie in Heidelberg eingeschrieben, und sich dann bei zahlreichen Studentengruppen engagiert. Er suchte sehr gezielt Kontakt Aktivisten zahlreicher Gruppen, und erhielt so Einsicht in viele politische Aktivitäten und in private Bereiche, wie Wohngemeinschaften oder Elternhäuser. Geleitet wurde diese Aktion vom LKA Baden-Württemberg. Nach Aussage von „Simon Brenner“ war sie auf Jahre ausgerichtet. Enttarnt wurde der LKA-Spitzel durch einen Zufall.

Quelle: <http://kritischeinitiative.wordpress.com/2010/12/17/stellungnahme-der-k-i-zum-fall-%E2%80%99Esimon-brenner%E2%80%99C/>

Autor: adh

Putin und Wikileaks

Putin sieht die Haft für Julian Assange als Rückschlag für die Demokratie an. Laut dem russischen Regierungschef Wladimir Putin zeuge dies von großen Demokratie-Defiziten. Der lupenreine Demokrat Putin belehrt den Westen in Sachen Demokratie. Wäre das Thema nicht so ernst, könnte man darüber wunderbar lachen. Unter Putin sind zahlreiche Journalisten und Oppositionelle durch zahlreiche "Unfälle" und Anschläge ums Leben gekommen. Parteien werden verboten, Hooligans machen zusammen mit der Polizei Jagd auf Umweltaktivisten, usw. Dieser Putin wollte jetzt den Westen beschämen. Man sollte zuerst unter dem eigenen Teppich kehren, sagte Putin, womit er „den Ball an seine amerikanischen Kollegen zurückgeben“ wolle. So kommentierte er die Geheimdepeschen von US-Diplomaten, in denen unter anderem die Lage der Demokratie in Russland kritisiert wird. Kurz ausgedrückt: Ihr seid doch auch nicht besser, ätsch!

Quelle: <http://www.de.rian.ru/politics/20101209/257854524.html>

Autor: adh

Netzsperrn in Großbritannien

In Großbritannien sind jetzt Netzsperrn für alle Porno-Inhalte geplant. Nach Netzsperrn für Kinderpornografie möchte die Regierung nun dieses System auf alle pornografischen Inhalte ausweiten.

Menschen, die dann weiterhin Pornos am heimischen PC konsumieren möchten, müssen dann ein Opt-In über sich ergehen lassen. Nach dem Opt-In ist eine Art Alters-Check geplant. Aber bei der konkreten Umsetzung hat sich die Politik wohl bisher viele Optionen offen gehalten. Vielmehr dient dieser Vorstoß dazu, die Provider unter Druck zu setzen. Geht es nach den Wünschen der Politik, existiert dann in Zukunft ganz beiläufig eine Auflistung aller Personen bzw. Haushalte, die explizit erklärt haben, dass sie Pornografie konsumieren (möchten). VPN-Dienste könnten also in naher Zukunft einen größeren

Kundenzuwachs verzeichnen. Die ISPs haben sich aber schon zu Wort gemeldet und gesagt, die Idee sei ziemlich Unsinn.

Quelle: <http://www.news.com.au/breaking-news/world/all-internet-porn-will-be-blocked-to-protect-children-under-uk-government-plan/story-e6frfkui-1225973481287>

Autor: adh

CDU gibt illegale Parteispenden zu

Die rheinland-pfälzische CDU hat illegale Parteispenden aus dem Jahr 2006 eingeräumt. Drei Monate vor einer Landtagswahl wahrlich nicht sehr vorteilhaft. Jetzt dürften die Chancen dieser Oppositionspartei noch geringer sein. Eingeräumt hat man dies übrigens nur wegen staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen. Lange hätte man dies also nicht aus den Medien halten können. Gegen den CDU-Landes- und -Fraktionschef Christoph Böhr ermittelt die Staatsanwaltschaft Mainz nun wegen mutmaßlicher Untreue. Es geht um die Summe von 385.000 Euro. Die Spitzenkandidatin Julia Klöckner, teilte am Montag mit: "Ich bin empört und enttäuscht. Die CDU kommt ihrer Zahlungsverpflichtung ohne Wenn und Aber nach." Es wird vermutlich eine sog. "brutaltsmögliche" Aufklärung folgen. Vermutlich ähnlich wie bei den anderen zahlreichen Spendenskandalen der CDU. Falls Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) eine illegale Parteienfinanzierung feststellt, ist sogar die dreifache Summe fällig.

Quelle: <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/rheinland-pfalz-cdu-gibt-illegale-parteispenden-zu:2716642>

Autor: adh

Die aktuelle Urheberrechtssituation

In dem [Debattenmagazin Berliner Republik](#) ist eine sehr lesenswerte Zusammenfassung zum Thema Urheberrecht erschienen. Dort wird sehr schön mit den üblichen Floskeln der Contentindustrie aufgeräumt. Unter anderem heißt es dort, dass Filesharing und ein schwächeres Urheberrecht bzw. Verwertungsrecht keinen negativen Einfluss auf den Anreiz zu kreativem und künstlerischem Schaffen habe. Sie widerlegen die Propaganda von dem Niedergang der Kulturproduktion und der Notwendigkeit eines schärferen Urheberrechts.

Quelle: [Urheberrecht und die Kulturtechniken der digitalen Revolution.](#)

Autor: adh

Autoren:

Michael Renner (mr)

Silke Dürrhauer (sd)

Andreas Heimann (adh)

Patrick Ratzmann (pr)

Manele Roser (ro)

Gefion Thürmer (gt)

Feedback? Bitte an redaktion@flaschenpost.piratenpartei.de

Für diesen Newsletter ist verantwortlich die
Piratenpartei Deutschland
Pflugstraße 9a
10115 Berlin
Fax: 030/27596805
E-Mail: geschaeftsstelle (at) piratenpartei.de

Für den Newsletter ist im Bundesvorstand Wolfgang Dudda zuständig.